

Abschlusskonferenz „Kinderarmut“ vom 24.10.2011

Protokoll der Arbeitsgruppe 1: „Aufbau einer Präventions- und Interventionskette“

Einführung

In den vorausgegangenen Konferenzen wurde sehr deutlich ersichtlich, dass die Ausweitung von präventiven Hilfemaßnahmen und die Verbesserung der Koordination bzw. Vernetzung von bereits bestehenden Angeboten und Maßnahmen zwei der wichtigsten Schwerpunkte in der Bekämpfung von Kinderarmut im Landkreis Darmstadt-Dieburg darstellen. Darauf aufbauend sollte in der Arbeitsgruppe 1 der „Aufbau einer Präventions- und Interventionskette“ herausgearbeitet werden. Dabei sollte beraten werden, welche Verzahnungen zwischen den Trägern, Einrichtungen und der Verwaltungsebene im Landkreis bereits bestehen und welche Maßnahmen dazu beitragen könnten, noch bestehende Lücken zu schließen, um frühzeitige und lebensbegleitende Hilfen zu gewährleisten.

Die Moderation der Arbeitsgruppe 1 übernahmen Frau Dagmar Zeiß von *pro familia* und Frau Anja Simon von der Abteilung „Strategische Planung“ des Landkreises Darmstadt-Dieburg. Die Moderatorinnen hatten bereits im Vorfeld Arbeitsmaterialien und konkrete Arbeitsaufträge für die Gruppenarbeit vorbereitet, sodass sich der Arbeitsprozess in drei Teile gliederte. Diese klare Strukturierung ermöglichte trotz verkürzter Zeit ein ziel- und ergebnisorientiertes Arbeiten. Die TeilnehmerInnen brachten dabei sich und ihre Institution/Einrichtung jeweils zu gleichen Teilen ein, sodass vielfältige Praxiserfahrungen und interdisziplinäres Fachwissen in die Ergebnisse einfließen konnten.

„Warm-up“

Nach einer kurzen Begrüßung durch die Moderatorinnen sollte zunächst festgestellt werden, inwieweit eine Vernetzung der Einrichtungen und Institutionen (repräsentiert durch die GruppenteilnehmerInnen) mit anderen Institutionen und Einrichtungen auf kommunaler und Landkreisebene bereits besteht bzw. wo bisher noch kein Austausch stattfindet.

Dazu erhielten alle TeilnehmerInnen jeweils rote und grüne Klebepunkte, die sie den aufgeführten Einrichtungen und Maßnahmen zuordnen sollten. Grün bedeutete dabei „Ich bin gut vernetzt mit...“ und rot „Ich bin unzulänglich vernetzt mit...“. Mögliche Schwachstellen im Netzwerk, aber auch bestehende Kooperationsbeziehungen sollten so verdeutlicht werden. Nach abgeschlossener Zuordnung der „Vernetzungspunkte“ hatte jede beteiligte Fachkraft die Möglichkeit, ein kurzes Feedback zur Vernetzung und Kooperation aus Sicht der eigenen Institution zu geben. Ein Stimmungsbild zu der Auswertung durch die TeilnehmerInnen, zusammengefasst von Frau Zeiß, gibt einen Überblick.

- Die Jugendhilfe ist eher „fallbezogen vernetzt“, das heißt, dort wo KlientInnen auftauchen, werden Hilfeangebote wahrgenommen und/oder recherchiert. Eine breitere Aufstellung im Voraus wäre hilfreich.
- ASD empfindet sich als „Feuerwehr“ (fallbezogene Intervention) und ist präventiv noch zu wenig vernetzt und nicht ausreichend über Hilfesysteme informiert.
- Die Schulen sind keine selbstverständlichen KooperationspartnerInnen, sonst vor Ort und im Kreis gut vernetzt (ZIBB).
- Mäander GmbH: Ortsbezogen gibt es gute Kenntnisse von den Kooperationsstrukturen. Im Gesamtüberblick (Kreis) – wird die Orientierung schwieriger (siehe auch Familienwegweiser, Projekte im Prozess).
- Fachstelle Frühe Hilfen ist gut vernetzt, vermisst aber noch den Kontakt zum Gesundheitswesen/GynäkologInnen. Bietet sich als Kontaktstelle für die Altersgruppe der 0 bis 6-Jährigen an.
- Insgesamt ist der Kontakt zu den unterschiedlichen AnsprechpartnerInnen im Gesundheitswesen ein „weißer“ Fleck“.
- Evangelisches Dekanat Mühlthal und Ober-Ramstadt: Die Vernetzung ist gemeindebezogen gut. Insgesamt sind die Wege in den Kreis hinein zu weit.
- Der Schwerpunkt Erwachsenenbildung könnte besser an „Prävention von Kinderarmut“ angebunden sein.
- Der Kinder und Jugendförderung Ober-Ramstadt fehlt eine Anbindung an Hebammen, ÄrztInnen und an die Gewerbetreibenden.
- FrauenFreiRäume, Reinheim: Die Frauen- und Familienzentren müssten mehr aktiv eingebunden werden, wenn es um Frühe Hilfen geht. Sie sind eine wichtige Schnittstelle.
- Den Schwangerenberatungsstellen (hier Caritas) fehlt die Anbindung an die KiTas, Grundschulen, KinderärztInnen und GynäkologInnen. Ansonsten ist eine breite Vernetzung mit vielen unterschiedlichen Arbeitsbereichen vorhanden.
- pro familia hat eine gute Vernetzung in alle weiterführenden Schulen, zu anderen Trägern, öffentliche Verwaltung/Gremien sowie den GynäkologInnen (war ein QM-Projekt 2010).
- Kindertagesstätten: Ihre Anbindung erfolgt eher über Multiplikatoren-Schulungen - auf Anfrage - mit Gewerbetreibenden haben sie eher weniger Kontakt.

Grundsätzlich wurde festgestellt, dass es letztendlich nicht nur auf die Vielzahl der Vernetzungen, sondern vor allem auf die Qualität des Austauschs ankommt. Die Frage, was gute Vernetzung sei und was lediglich Informationsaustausch, konnte allerdings aus Zeitgründen leider nicht weiter diskutiert werden.

Handlungsfelder und lebensbiographische Stationen

Im nächsten Teil der Gruppenarbeit waren die TeilnehmerInnen aufgefordert, ihre Institution oder Abteilung bzw. die jeweiligen Präventions- und Interventionsangebote einem oder mehreren von 10 aufgeführten Handlungsfeldern (Mobilität, Bildung, Ernährung, Gesundheit und Pflege, Kleidung, Wohnraum/Rückzugsraum, Frühförderung, Unterstützung/Beratung der Eltern, Migrationshintergrund/Sprachförderung und Soziale Integration). und einem oder mehreren lebensbiographischen Stationen von A bis F zuzuordnen.

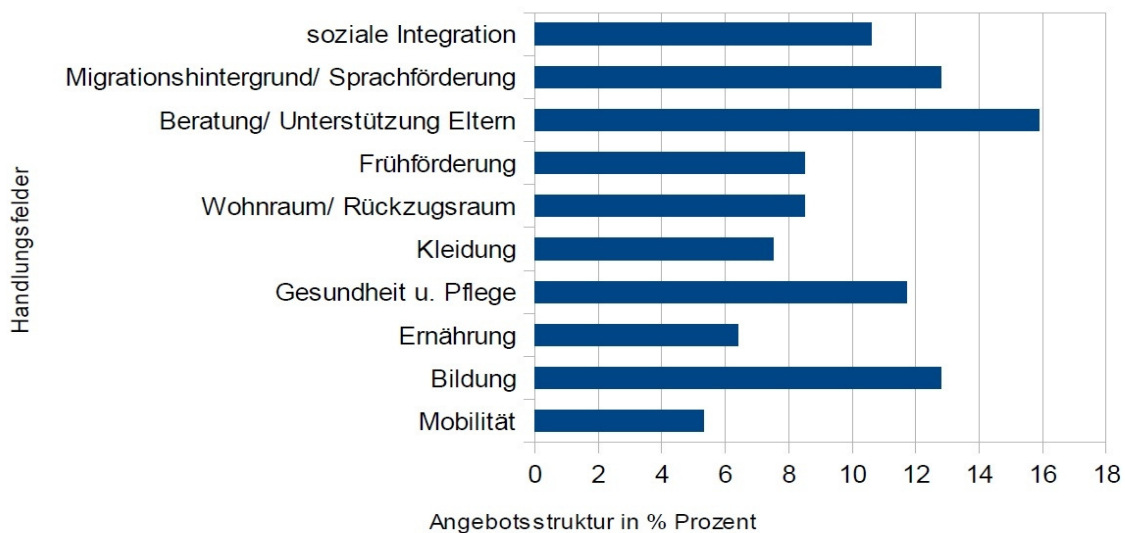
Stationen der Präventions- und Interventionsangebote:

- A) Geburt und Babypflege (z.B. Familienhebammen)
- B) Kleinkindentwicklung (z.B. Krippen und KiTas)
- C) Schulfähiges Alter (z.B. Grundschulen, Horte, Sportvereine)
- D) Pubertät (z.B. Jugendförderung, Freizeitangebote)
- E) weiterführende Schulen (z.B. Schulform, Jugendbildungsarbeit)
- F) Berufsauswahl (z.B. Ausbildung/Studium)

Von den Moderatorinnen wurden dann die Einrichtung bzw. das zugehörige Angebot, den Handlungsfeldern 1-10 zugeordnet. Die Auswertung der Zuordnungen ergab folgendes Ergebnis:



Alle lebensbiographischen Stationen wurden von den Angeboten und Maßnahmen der anwesenden Träger und Einrichtungen abgedeckt. Eine Ausweitung der Angebote bzw. ein Bedarf an weiteren Angeboten im Bereich pränatale Betreuung und Beratung, Geburt und Babypflege und im Bereich der Grundschulzeit wäre zu prüfen, da es hier quantitativ weniger Angebote von den Institutionen zu geben scheint. Interessanterweise passen diese Kennzahlen zu den Aussagen der Diskussion um Vernetzung und Kooperation, in der von den TeilnehmerInnen insbesondere mehrfach eine unzulängliche Vernetzung zu GynäkologInnen und KinderärztInnen und zu den Grundschulen benannt wurde.



Bei den aufgeführten klassischen Handlungsfeldern zur Vorbeugung von Kinderarmut, zeichneten sich deutliche Defizite an Unterstützungsangeboten im Bereich der Mobilität und kostenpflichtigen Freizeitmöglichkeiten sowie im Bereich der Ernährung ab.

Auch in den Handlungsfeldern Kleidung, Wohnraum und Rückzugsraum und der Frühförderung scheint es deutlich weniger Angebote zu geben, als in den anderen Bereichen. Ob die Defizite auf die begrenzte Anzahl der in die Bewertung eingeflossenen Institutionen bzw. Abteilungen zurückzuführen sind und ob einer Ausweitung der Angebote in den defizitären Handlungsfeldern bzw. im Bereich der lebensbiographischen Stationen eine entsprechende Nachfrage gegenüber stehen würde, kann hier nicht abschließend beantwortet werden.

Allerdings ist festzuhalten, dass insbesondere die Bereiche Mobilität und Frühförderung, pränatale Betreuungsangebote und solche für Kinder unter 3 Jahren sowie Förderangebote in der Grundschulzeit auch in den vorausgegangenen Konferenzen immer ein Thema waren. Es ist weiterhin zu betonen, dass von den Akteuren selbst häufig weniger ein Mangel an Angeboten und Maßnahmen, sondern eher die Schwierigkeit der Verknüpfung der Bereiche miteinander, speziell im Falle von Übergängen, genannt wurden.

Bilden einer Präventions- und Interventionskette

Ziel der Arbeitsgruppe sollte es auch sein, offene Bedarfe festzustellen und konkrete Vorschläge zu erarbeiten, die zum Aufbau einer Präventions- und Interventionskette beitragen. Dazu eröffnete Frau Simon eine Diskussionsrunde, in der die TeilnehmerInnen die Bedarfe aus Sicht ihrer Institutionen benennen konnten.

Festgestellte offene Bedarfe:

- Der Kontakt zum örtlichen Gewerbe fehlt.
- Ein Informationsaustausch ist da, aber keine qualitative Vernetzung.
- Gefordert wurde die Einbindung in die Diskussion um Familienzentren.
- Freiwillige Leistungen sollten stabilisiert und ausgebaut werden.
- Notwendig sind Betreuungsangebote für Kinder nach der Grundschulzeit (Hort etc.).
- §8 a Kindeswohlgefährdung erfordert den Austausch der Institutionen.
- Problem der Zeit: Geschwisterbetreuung, Begleitung zu ÄrztInnen, persönliche Unterstützung.
- Notwendig ist eine praxisorientierte Vernetzungsstelle.
- Sinnvoll erscheint eine Regiestelle für das Jugendamt (siehe z.B. Mo.Ki).
- Notwendig sind Angebote für Paare mit eskalierten Problemen/Spannungen und Konfliktlösungen.
- Gefordert wurde ein Verhütungsmittelfond.
- Die Probleme der Existenzsicherung → erfordern persönlichen „Coach“ (Hilfe bei Anträgen, Begleitung etc.).
- Gefordert wurde eine dezentrale, niedrighschwellige Schuldnerberatung.
- Patenschaftsmodelle sollten ausgebaut und Standards festgeschrieben werden um eine qualifizierte Betreuung der ehrenamtlichen Helfer zu gewährleisten.
- Eingerichtet werden sollte eine „Clearingstelle“ als Hilfe für Familien mit multiplen Problemlagen.
- Im Ostkreis sollte die Mobilität durch vermehrten Einsatz öffentlicher Verkehrsmittel erhöht werden und die Angebote ortsnah gestalten werden.

Angebote/Maßnahmen, die benannt wurden und schon in Planung/Umsetzung sind:

- Das Projekt LENA (Leistungsnetzwerk für Alleinerziehende) wurde als gutes Beispiel für eine „Netzwerkstelle“ genannt.
- Institutionenhandbuch
- Fachstelle für Frühe Hilfen (Vernetzungsstelle für das Alter von 0 bis 6 Jahren)

Protokoll der Arbeitsgruppe 2: „Handlungsbedarfe im vorschulischen Alter“

Einführung

Die Arbeitsgruppe 2 zum Thema „Handlungsbedarfe im vorschulischen Alter“ wurde von Frau Evelyn Klemt, KiTa-Fachberatung des Landkreises und von Frau Anna-Katharina Hübner, Familienförderung des Landkreises, moderiert. Frau Klemt gab zunächst eine kurze Ein-

führung und stellte zusammenfassend die wichtigsten Themen und Ergebnisse der Auftaktkonferenz zu „Bildung und Armut“ vor. Hierbei ging sie auf die Forderungen der letzten Arbeitsgruppe ein und stellte sie kurz vor:

- Frühzeitige, aufsuchende Beratung und Betreuung
- Vernetzung und Verzahnung von Akteuren
- Ausbau der KiTas zu Familienzentren
- Ausbau von Beratungsressourcen
- Entwicklung von Einrichtungen im Elementarbereich zu Bildungseinrichtungen
- Qualifizierung von Fachkräften

Frau Klemt hob auch die Frage nach einer besseren Kooperation von KiTas und Erziehungshilfe hervor, da diese bereits in der letzten Arbeitsgruppe ein entscheidendes Thema gewesen sei. Aufgrund der großen TeilnehmerInnenzahl wurde die Gruppe in Unterarbeitsgruppen aufgeteilt.

Unterarbeitsgruppe 1

Als Einführung in die Überlegung zu Handlungsbedarfen im vorschulischen Alter wies Frau Klemt darauf hin, dass man nicht bei null anfangen müsse, sondern dass schon eine Reihe von Maßnahmen und Netzwerken vorhanden sei, an die Überlegungen und Forderungen anknüpfen könnten. Hierbei stellt sie einige bestehende Netzwerke vor, die in der letzten Arbeitsgruppe genannt wurden. Dazu gehören z.B. Netzwerke wie „Rund um die Geburt“, „Kinder in Betreuung“ und „LENA“.

Konkrete Vorschläge zur Erarbeitung eines Handlungskonzeptes

- Genannt wird eine frühzeitige, aufsuchende Beratung und Betreuung (sozialräumlicher Ansatz: Hausbesuche, Elternbegleitung etc.).
- Der Ausbau der KiTas zu Familienzentren mit einem sozialräumlich ausgerichteten Arbeitskonzept soll erfolgen.
- Wichtig sei auch die Vernetzung und Verzahnung von Akteuren, die Hilfen vor und nach der Geburt anbieten (wie z.B. GynäkologInnen, Geburtskliniken, Familienhebammen, Familienzentren etc.)
- Weiter wurde für wichtig erachtet, dass sich die Einrichtungen im Elementarbereich zu Bildungseinrichtungen entwickeln.
- Als weitere Maßnahmen wurden die Bereitstellung ausreichender fachlicher Ressourcen und ein kostenfreier Zugang zu den Angeboten vorgeschlagen.

Im Prozess

Frau Klemt trug gemeinsam mit den TeilnehmerInnen die Projekte zusammen, die sich schon in der Umsetzungsphase oder im Prozess befinden.

- Verwiesen wurde auf das Konzept „Familienhebammen“ im Rahmen der Frühen Hilfen und das Projekt „Baby verstehen“.
- Auch eine gute Vernetzung im Bereich des Kinderschutzes sei zwischen den Fachkräften der KiTas und den Fachkräften der Jugendhilfe entstanden.
- Im Rahmen der Frühen Hilfen werde ein Institutionenhandbuch für Fachkräfte erarbeitet, das bald zur Verfügung steht.
- Verwiesen wurde auch auf die bestehenden Netzwerke: „Rund um die Geburt“, „Kinder in Betreuung“ und „LENA“.
- Hinsichtlich des Datenschutzes und der Risikoeinschätzung soll die begonnene Zusammenarbeit zwischen den KiTas, den KinderärztInnen und dem Gesundheitsamt weiter ausgebaut werden.
- Für den Ausbau der Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren liegt bereits ein Konzept vor, das auch den Ausbau der Beratungsressourcen vorsieht.

- Zur Umsetzung des hessischen Bildungs- und Erziehungsplanes ist die Qualifizierung von Fachkräften erforderlich.
- Eine Empfehlung zur Qualitätssicherung in Form des Arbeitsergebnisses „Bedarfsplanung und Qualitätssicherung für Tagesbetreuung von Kindern in Tageseinrichtungen“) von 2005 wurde bereits im Kreistag verabschiedet.

Unterarbeitsgruppe 2

Als Einführung in die Thematik stellte Frau Hübner aus der Familienförderung die drei zentralen Fragen zum Arbeitsauftrag vor. Dabei sollte die Arbeitsgruppe wichtige Aufgaben und Prozesse benennen und die Forderungen der letzten Arbeitsgruppe ergänzen. Gleichzeitig sollten sowohl die Handlungsmöglichkeiten der Kommune als auch des Landkreises mit beachtet werden.

Fragestellungen:

- 1) Wie kann das Konzept einer Präventions- und Interventionskette auf die Kreiskommunen übertragen werden?
- 2.a) Welche Unterstützung bzw. Aufgaben müsste die Kommune dazu leisten?
- 2.b) Welche Unterstützung bzw. Aufgaben müsste der Landkreis leisten?

Zentrale Diskussionspunkte:

Die TeilnehmerInnen zeigten ein großes Interesse und Engagement in der Diskussion über die Handlungsbedarfe im vorschulischen Alter. Zuerst wurde die Altersgruppe der Kinder definiert. Dabei wurde sehr genau überlegt, welche Altersgruppe hier angesprochen werden sollte und ob die Phase der Schwangerschaft mit einzubeziehen sei. Die Arbeitsgruppe entschied sich für die Altersgruppe der Kinder zwischen 0 und 6 Jahren (Schuleintritt) und ging auf die Handlungsbedarfe dieser Altersgruppe sehr differenziert ein. Zunächst wurde hervorgehoben, dass die Aufgabe als ein ständiger Prozess zu verstehen sei. Man finge also nicht vom Punkt null an, sondern vieles werde schon bisher umgesetzt. Die Überlegungen sollten daher an diesen Prozessen anknüpfen.

Begrüßung der jungen NeubürgerInnen

Als Beispiel wurde das in anderen Kommunen schon realisierte „Neugeborenenpaket“ genannt. Auch im Kreisgebiet sollen alle neuen Kinder in den Kommunen begrüßt werden. Nicht nur ein Päckchen als Geschenk sollte dem Neugeborenen und der Familie gebracht werden, sondern das Paket sollte für weitere Kontakt- und ergänzende Hilfemöglichkeiten genutzt werden. Es sei also wichtig zu schauen, wie die Begrüßung vor Ort umgesetzt werde und welche Zugänge dafür gewählt würden. Denn über Hausbesuche könnten Kinder frühzeitig erfasst werden, die die Möglichkeit haben sollten, eine KiTa zu besuchen. Deshalb sollten nicht nur Säuglinge begrüßt werden, sondern auch Kinder zwischen 0 und 6 Jahren, die in den Ort zuziehen. Es wurde hierbei ein besonderer Schwerpunkt auf die Frage gelegt, wie man die Kinder am besten erreichen könnte. Auch die Frage des Zugangs zu Maßnahmen wurde ausführlich thematisiert.

Information und Vernetzung

In der Arbeitsgruppe herrschte Einigkeit darüber, dass viele Familien gar nicht wüssten, an wen sie sich mit ihren Fragen und Problemen wenden sollten. Es seien zwar viele Angebote vorhanden, aber die Zugangsmöglichkeiten seien nicht immer bekannt, da Informationen fehlten. Deshalb sollte auf der kommunalen Ebene geklärt werden, dass die Informationen zwischen den beteiligten Einrichtungen ausgetauscht werden. Hierzu wurde von der Arbeitsgruppe der Begrüßungsflyer der Erziehungsberatung in Pfungstadt genannt, welcher nicht zu dem gewünschten Erfolg geführt habe.

Die Gruppe plädierte deshalb für eine bessere Vernetzung der sozialen Dienste untereinander. Es bestand Einigkeit darüber, dass ein klarer Auftrag vorhanden sein müsse. Es sollten strategische Ausrichtungen festgelegt werden, wie auch langfristige Vernetzungen vor Ort mit klar definierten Kooperationspartnern. Hierbei sollte auch die Kommunalpolitik und die lokale Verwaltung einbezogen werden. Es bestand Einigkeit darüber, dass das Kernproblem nicht in der Vielfalt der Angebote liege, sondern vielmehr im bisher unzureichenden Informationsaustausch untereinander. Zwar sind auf der kommunalen Ebene viele Maßnahmen vorhanden, aber auf der Ebene des Landkreises fehlten der Kontakt und der Überblick. Deshalb erhoffte sich die Arbeitsgruppe eine klare Arbeitsteilung zwischen dem Landkreis und den Kreiskommunen und plädierte für einen Appell seitens des Landkreises an die Kommunen.

Sozialräumlicher Ansatz

Unabhängig davon sollte aus Sicht der Arbeitsgruppe ein Sozialraumansatz die zentrale Handlungsgrundlage für eine kindbezogene Armutsprävention bilden. Fragen wie, was gibt es in den einzelnen Gemeinden, was wird noch gebraucht, erreichen die Angebote tatsächlich die Familien, die wir wirklich erreichen wollen, sollten dabei helfen, vorhandene Ressourcen zu überprüfen und zielgerichtet einzusetzen. Es sollte vor allem überlegt werden, ob und wie man diese Ziele mit den angestrebten Familienzentren erreichen kann, ob man z.B. die Familien und Kinder, die nirgendwo verankert sind, hierüber ansprechen und unterbringen kann. Einige Beispiele wie die 'aufsuchende Beratung' ("Familie hinleiten zu...") wurden hierbei genannt. Deshalb sollten die Angebote für Familien interessant gemacht werden. Die AG wies darauf hin, dass es hierbei sehr wichtig und vorrangig sei, eine Zielformulierung vorzunehmen. Eine Zieldefinition für den Bereich der Kinder sei noch unklar. Es sollten nicht nur allgemeine Ziele auf der Meta-Ebene formuliert werden, wie z.B. wie erreichen wir alle Kinder, sondern auch konkretere Ziele. Es sollte genauestens geprüft werden, wo die bisherigen Probleme lägen und was die einzelne Kommune in dieser Hinsicht tun könne etc.

Die Kommune sollte hierbei das Leitziel zugrunde legen "wir wollen, dass uns kein Kind verloren geht". Die Arbeitsgruppe war sich einig, dass der Landkreis mit dieser Zielformulierung auf die Kommunen zugehen und mit ihnen dazu einen Konsens herstellen sollte. Man braucht demnach für eine wirksame Prävention gegen Kinderarmut nicht nur Sozialraumanalysen, sondern auch politische Entscheidungen im Sinne des klar formulierten "wo wollen wir hin?". Daneben ist es auch wichtig, frühzeitig Informationen zu sammeln und zu sichten, woher man die notwendigen Finanzmittel beschaffen kann (im Sinne der "Drittmittelaquise").

Fazit

Zusammenfassend ist es für den Aufbau einer Präventions- und Interventionskette im Vorschulbereich wichtig zu prüfen, welche Ressourcen und Vernetzungsstrukturen bereits vorhanden sind und was noch erreicht werden muss. Nach einer ersten Bestandsaufnahme können Lücken der Kooperation geschlossen werden und die wichtigen Schnittstellen identifiziert werden, auf denen man die zukünftigen Handlungsalternativen aufbauen kann.

Protokoll zur Arbeitsgruppe 3: „Handlungsbedarfe im schulischen Alter“

Einführung

Die Arbeitsgruppe 3 zum Thema „Handlungsbedarfe im schulischen Alter“ wurde von Herrn Dieter Eitel vom Staatlichen Schulamt und Herrn Dieter Assel von der Stadt Weiterstadt moderiert. Die gesamte Diskussion diente zur Klärung, wie Schulen Teile einer im Landkreis zu gestaltenden Bildungs- und Förderkette (Bildungslandschaften) werden könnten.

Diskussion

Am Beginn der Diskussion stand die Frage, welche Problemstellungen innerhalb des Systems Schule vorherrschen. Dabei wurden folgende Punkte benannt:

- (1) Die Übergänge zwischen den Bildungssystemen von der Krippe bis zur Berufsausbildung sollten durch eine bessere Vernetzung durchlässig gestaltet werden.
- (2) Kinder aus Einwandererfamilien, die ab dem Alter von sechzehn Jahren nicht mehr schulpflichtig sind und daher in Deutschland oftmals nicht in die Schule gehen.
- (3) Die Idee einer Kindertafel, damit jedes Kind mit Essen versorgt ist.
- (4) Eine starke Zusammenarbeit von LehrerInnen und SozialpädagogInnen, sowie ein Ausbau der Schulsozialarbeit. Dadurch sollen in Zukunft nicht nur Problemfälle ausreichend betreut werden, sondern alle SchülerInnen.

Die DiskussionsteilnehmerInnen stellten fest, dass Schule oftmals daran scheitert, dass sie die Welt der Kinder nicht erreicht. Das heißt, die Lebenswelt der Kinder unterscheidet sich zu sehr von Schule. Deshalb muss sich Schule mehr an den Lebenswelten der Kinder und ihrer Familien orientieren und vor allem die Eltern der Kinder stärker beteiligen. Dies kann durch mehr Freizeitangebote für die SchülerInnen an den Schulen erreicht werden, wie Sport- und Musikunterricht. Zum anderen soll die Schule für die Eltern eine beratende und unterstützende Funktion übernehmen, indem sie Erziehungsberatung für hilfeschuchende Eltern anbietet, bei der Erstellung von Förderanträgen hilft und als zentrale Anlaufstelle für alle Belange der Eltern dient. Die Idee einer Schule als Lebensraum für Erwachsene und Kinder verändert damit das herkömmliche Verständnis von Schule als bloße Wissensvermittlerin. So wird Schule zu einer wichtigen Anlaufstelle für Familien.

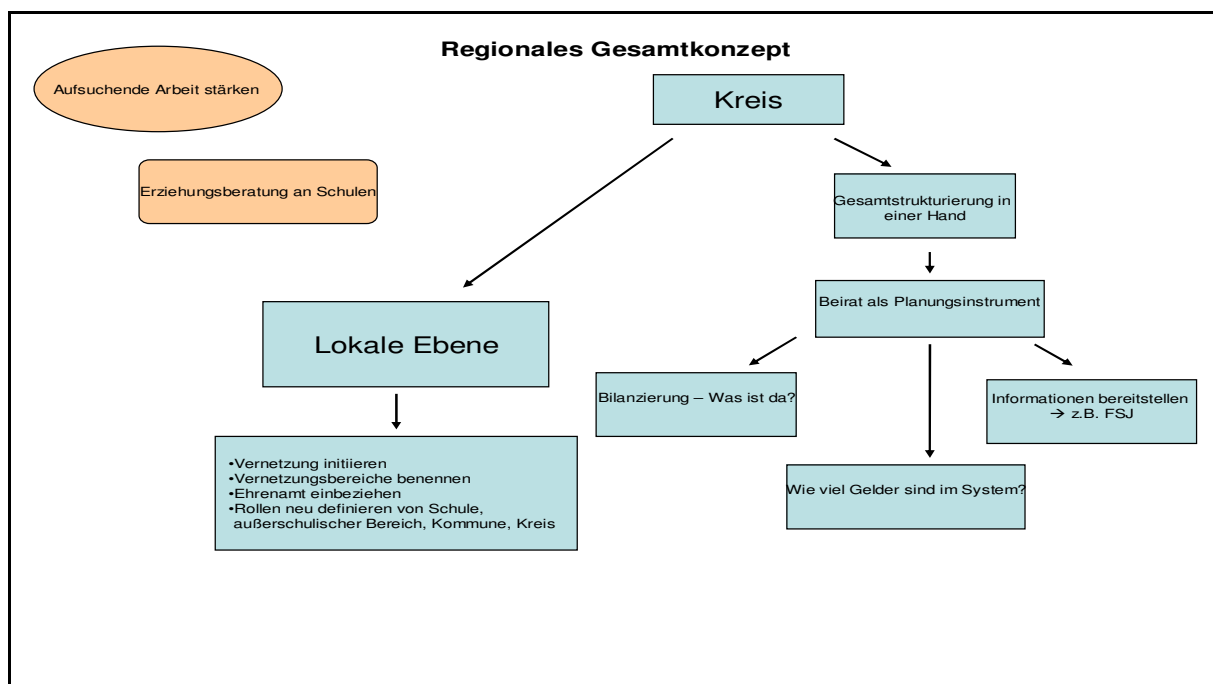
In der Runde wurde auch festgestellt, dass es zwar sehr viele Angebote für Kinder gibt, diese aber von vielen verschiedenen Trägern angeboten werden, so dass niemand einen Gesamtüberblick hat. An dieser Stelle wurde eine Bilanzierung aller schulischen und außerschulischen Angebote im Landkreis eingefordert. Daneben müsse geklärt werden, welche Aufgaben die Schulen, die Kommunen und der Kreis übernehmen sollten.

Die beteiligten Fachkräfte sprachen sich für eine zentrale Steuerung von Finanzmitteln aus, die den Schulen im Landkreis zustehen. So könnten in Zukunft Ressourcen besser koordiniert werden.

Ein generelles Problem in Schulen stelle die Förderung von Kindern aus einkommensschwachen und bildungsfernen Schichten dar, denn oftmals beteiligten sich nur die Eltern aus der Mittelschicht aktiv am Geschehen in der Schule. Hier müssten Pädagogen ein besonderes Augenmerk auf die Kinder aus den unteren Schichten legen und bei Angeboten darauf achten, dass sie nicht zur Diskriminierung dieser Kinder führten.

Die TeilnehmerInnen sprachen sich für eine Reduktion der Klassengröße und für mehr Räumlichkeiten in den Schulen aus. Darunter fallen Gesprächsräume für Eltern und LehrerInnen, sowie Ruheräume für aggressive Kinder. Weiterhin sollten die Klassenzimmer groß genug sein, um dort Bewegungsübungen durchführen zu können. Durch mehr materielle und finanzielle Ressourcen könnten diese Mängel in Zukunft beseitigt werden.

Die Diskussion schloss mit dem Appell, dass das derzeitige unkoordinierte Nebeneinander von Schule, Kommune, Kreis sowie dem außerschulischen Bereich beseitigt werden sollte. Alle VertreterInnen wurden dazu aufgerufen, sich zu vernetzen und Verantwortung zu übernehmen.



Protokoll der Arbeitsgruppe 4: Rolle von Kreis und Kommunen

Die Arbeitsgruppe 4 zur „Rolle von Kreis und Kommunen“ wurde von Prof. Dr. Walter Hanesch von der Hochschule Darmstadt und Frau Susanne Stockhardt vom Büro der Ersten Kreisbeigeordneten moderiert. Aufgabe der Arbeitsgruppe war es, eine Antwort auf die Frage zu finden, wie man auf der Ebene der Kreisgemeinden einen Prozess zur Umsetzung eines Konzeptes gegen Kinderarmut in Gang setzen kann und welche Formen der Aufgaben- und Verantwortungsteilung zwischen Kreiskommunen und Landkreis sinnvoll erscheint.

Gleich zu Beginn wurde festgestellt, dass im Gegensatz zu dem Beispiel aus Mohnheim in Nord-Rhein-Westfalen die kreisangehörigen Kommunen im Landkreis Darmstadt-Dieburg kein Jugendamt haben. Die Planungsaufgaben liegen hier allein beim Landkreis (Kreisjugendamt). Daher war zu klären, welche Rolle die Kreisgemeinden und welche der Landkreis bei der Planung/Umsetzung eines solchen Konzeptes einnehmen könnten/sollten.

Aufgaben für die Kreisgemeinden

- Es wurde darauf hingewiesen, dass die Kommunen des Landkreises sehr heterogen sind, so dass es nicht möglich ist, die Aufgaben der Kommunen zu generalisieren. Größere Kreiskommunen haben in der Regel eine bessere Infrastruktur und mehr Fachkompetenz als kleinere Gemeinden.
- In den Kommunen muss die generelle Bereitschaft bestehen, am Prozess mitzuarbeiten. Die Haltung des Landkreises muss übernommen werden.
- Betreuungsangebote für psychische Kranke/Süchtige müssten auf kommunaler Ebene initiiert werden.
- In den einzelnen Kreiskommunen sollten „Regiestellen“ angesiedelt werden. In den Kommunen ist man im Sinne eines sozialraumorientierten Konzeptes am nächsten an den Menschen dran, um passgenaue Angebote bereitstellen zu können.
- „Bewegung und Sport“ sind vor Ort wichtige Zugänge, um benachteiligte Kinder zu erreichen und einzubinden.
- Da es in der hessischen Kommunalverfassung eine klare Aufgabenverteilung zwischen Kreis und kreisangehörigen Kommunen gibt, sind alle Maßnahmen der Kreis-

gemeinden über die gesetzlichen Grundlagen hinaus Sonderausgaben, die von der übergeordneten Aufsichtsbehörde genehmigt werden müssen. Viele Kommunen werden aufgrund der Haushaltslage solche Maßnahmen nicht einleiten können.

- In jeder Kommune sollte sich eine Fachlichkeit entwickeln in Bezug auf Kinderbetreuung und aufsuchende Jugendarbeit.
- Der Kreis sollte intensiv darauf hinwirken, die Kommunen „mit ins Boot“ zu holen, die bisher über wenig Fachlichkeit verfügen bzw. die bisher wenige Ressourcen in diese Thematik investiert haben.
- Die Identifizierung von Problemlagen muss in den Kommunen stattfinden.

Aufgaben für den Landkreis

- Eine vergleichbare Förderstruktur zwischen den Kommunen muss hergestellt werden. Größere Kommunen müssen sich damit solidarisieren, dass der Kreis mehr Ressourcen in kleinere (fachlich benachteiligte) Kommunen investiert. (Obwohl die größere Kommunen die Kreisaktivitäten mitfinanzieren).
- Der Landkreis muss diese Prozesse anstoßen und moderieren.
- Notwendig ist eine Bestandsaufnahme des Landkreises: Was brauchen Kinder in den verschiedenen Altersgruppen (0-6; 6-12; 12-17; 18-27)? Was gibt es in den Kommunen des Landkreises bereits? In welchen Kommunen fehlen Angebote für bestimmte Altersgruppen? Wie sind sie zu ergänzen. Hierbei sollte der Fokus explizit darauf liegen, die Angebotsbedarfe von den Altersgruppen her zu denken. (Welche Angebote gibt es wo für welche Altersgruppe?)
- Im Landkreis sollte eine Koordinationsstelle/Regiestelle eingerichtet werden, welche die Philosophie des Projektes in die Kommunen trägt und die Bekämpfung von Kinderarmut kreisweit koordiniert. (Ergänzender Vorschlag: Regiestellen in den Kommunen ansiedeln, da diese im Nahraum der Klienten sind.)
- Der Landkreis sollte für die Vernetzung der Kreiskommunen Sorge tragen.
- Im Sinne einer sozialraumorientierten Arbeit müssten Schule, Jugendamt, Stadtplanungsamt etc. mit in die Planung einbezogen werden.
- Das bereits bestehende Konzept LENA sollte genutzt werden, um diese Ressourcen und Kompetenzen zu sichern und zu übertragen.
- Notwendig ist eine Förderung der Mobilität im Landkreis.
- Die Wirtschaftsförderung muss in die Betrachtung mit einbezogen werden, da Arbeit ein Dreh- und Angelpunkt für (Kinder-)Armut ist.
- Der Landkreis als Optionskommune sollte die aus diesen Strukturen resultierenden Vorteile nutzen, in Zusammenarbeit mit der Arbeitsagentur, dem Jugendamt etc.
- Der Landkreis sollte von der Möglichkeit Gebrauch machen, weitere Maßnahmen via Delegationsvertrag auf die Kommunen zu übertragen. Die Verantwortung und Sicherstellung der Angebote verbleibt dabei beim Landkreis.
- Der Kreis sollte ein „Stufenkonzept“ für die Altersgruppen von 0->X erarbeiten. Was ist für welche „Altersstufe“ von besonderer Bedeutung und welche Angebote brauchen wir zur Förderung.
- Es soll nicht nur überlegt werden, welche Angebote es bereits gibt, sondern auch wo die konkreten Maßnahmen angeboten werden bzw. werden sollten (in den überschaubaren Sozialräumen). Die Planung darf nicht nur auf Schule fokussiert werden, da die Schulen teilweise räumlich von den benachteiligten Quartieren abgekoppelt sind.
- Ein Rahmenkonzept sollte vom Kreis für die Kommunen entwickelt werden. An diesem Konzept sollten sich die Kommunen orientieren und beteiligen.
- Der Landkreis sollte ein Konzept vorlegen, welches zugleich auch die Aufgaben für die Kreiskommunen definiert.

Protokoll des Abschlussplenums

Einführung

Im abschließenden Plenum der „Abschlusskonferenz“ wurde den TeilnehmerInnen noch einmal Gelegenheit gegeben, eine Bilanz zum Beteiligungsprozess zu ziehen. Nach einem kurzen Rückblick auf den Prozess der bisherigen Konferenzen und der dort stattgefundenen Beratungen und Diskussionen wurde diese Abschlussdiskussion nach dem Fishbowlprinzip eröffnet: Fünf VertreterInnen der Akteursgruppen im Landkreis wurden gebeten, eine kurze Bewertung des bisherigen Prozesses aus ihrer Sicht zu formulieren. Zu den Akteuren gehörten Frau Rosemarie Lück, Erste Kreisbeigeordnete des Landkreises, Herr Otto Weber, Hauptabteilungsleiter Familie und Soziales, Herr Assel, Stadt Weiterstadt, Frau Wrede, KiTa Sonnenland Bickenbach und Herr Dr. Veith, Direktor des Caritas-Kreisverbands Darmstadt. Die Stellungnahmen sollten auf zwei Fragen eingehen:

- 1 Wie zufrieden sind Sie mit dem Gesamtprozess der Erarbeitung des Handlungsprogramms?
- 2 Welches sind zentrale Bausteine, die im Handlungsbericht aus Ihrer Sicht enthalten sein sollten?

Diskussion

Auf die Frage "wie zufrieden sind Sie mit dem Prozess" antwortete Frau Lück und drückte ihre vollste Zufriedenheit aus. Vor allem die Tatsache, dass viele Akteure aus sehr unterschiedlichen Handlungsfeldern des Landkreises Darmstadt-Dieburg beteiligt waren, ist ein wichtiger Baustein für den Erfolg der Konferenzen. Sie habe aus den einzelnen Konferenzen auch viele Einzelaspekte persönlich mitgenommen. Wichtig sei vor allem der Zugang zu bildungsfernen Gruppen mit den Angeboten, die in den Kommunen bereits vorhanden seien. Es sind schon gute Netzwerke vorhanden. Deshalb müsse man nicht bei null anfangen, sondern das Vorhandene verstärken. Zum Thema Handlungsmöglichkeiten von Landkreis und Kommune hob sie hervor, dass dem Landkreis eine koordinierende und steuernde Funktion zukomme. Außerdem sei sie positiv überrascht, dass alle Arbeitsgruppen es für wichtig hielten, die Netzwerke zu stärken.

Auch Herr Assel bewertete die Ergebnisse der bisherigen Konferenzen als positiv und mit einer klaren Zielperspektive. In der Grundhaltung der Diskussionen herrsche nicht mehr ein Zuständigkeitsdenken vor, sondern eine beteiligungsorientierte Haltung. Es werde auch mehr Beteiligung der politischen Ebene gewünscht. Es seien nämlich gute Ideen vorhanden, die an den richtigen Stellen ankommen müssten, so dass sich auch die Investitionen lohnten.

Herr Dr. Veith dagegen war interessiert zu erfahren, wie der Landkreis und die Kommunen mit diesen Ergebnissen arbeiten und mit dem "Handlungskonzept gegen Armut" umgehen werden. Er fand es sehr förderlich und erfrischend, dass Frau Berg vom Jugendamt Monheim eingeladen wurde. Sie habe mit ihrem Projekt sehr gut dargestellt, was Kinder und Jugendliche brauchen. Die Anwesenheit von Frau Berg als externer Akteurin war sehr wichtig. Denn man brauche nicht immer von vorne anzufangen, sondern könne von Projekten in anderen Orten im Sinne von good practice Beispielen lernen. Vor allem ein Ergebnis in den Auftaktkonferenzen habe ihm sehr gut gefallen, dass es darum gehen müsse, "gelernte Hilflosigkeit zu verhindern". Darauf solle man auch zukünftig setzen.

Auch Frau Wrede fand den Prozess in den Auftaktkonferenzen sehr spannend. Zum Ende hin habe sie nun ein zwiespältiges Gefühl. Einerseits sei sie nun überzeugt, dass vieles schon vorhanden sei und dass auch vieles bereits geschafft wurde. Andererseits wisse sie aber auch, dass man noch am Anfang stehe und es noch vieles zu tun gäbe. Doch sie sei optimistisch: „denn wenn man die Ressourcen verstärkt am Anfang der biografischen Ent-

wicklungsprozesse einsetzt, könne man präventiv arbeiten. Deshalb sei es wichtig, die vorhandenen Mittel nicht nur bei Jugendlichen einzusetzen, sondern auch die Kinder unter sechs Jahren zu berücksichtigen.“

Auch Herr Weber hat die Prozesse der Konferenzen mit großer Zufriedenheit wahrgenommen. Es seien durchaus viele Ressourcen im Landkreis vorhanden, die gute Prozesse und Ergebnisse ermöglichten. Wichtig sei es vor allem, eine gute Kooperation der beteiligten Träger in Gang zu setzen bzw. weiter auszubauen. Auf die zweite Frage hin nannte Herr Weber drei Bausteine, die ihm gefehlt hätten und die als wichtige Themenfelder unbedingt ergänzt werden sollten. Ein Themenfeld sei die Inklusion, welches in den Arbeitsgruppen nicht bearbeitet werden konnte. Es sei eine Aufgabe, die weiterhin bestehen bleibe. Auch das Thema „Armut im Alter“ sollte stärker berücksichtigt werden, da aufgrund der demografischen Entwicklung die Altersarmut künftig enorm zunehmen werde. Das Thema wurde bisher nur in einer Arbeitsgruppe ausführlich genannt, sollte aber dennoch in die Agenda aufgenommen werden. Auch das Themenfeld "Migration" sollte nicht unbeachtet bleiben.

Frau Lück hob das Thema Finanzen als einen sehr wichtigen Punkt hervor. Sie wollte jedoch nicht auf die geringen Haushaltsmittel oder die Schulden des Landkreises hinweisen. Trotz defizitärer Haushalte sollten die Chancen dargestellt werden, Ressourcen gebündelt und zielgerecht eingesetzt werden. Dazu könnten eine verbesserte Bedarfsorientierung, die Vermeidung von Doppelstrukturen und funktionierende Kooperationen in Netzwerken sowie die Entwicklung eines Handlungsprogramms beitragen. Man solle weniger in Zuständigkeiten denken, sondern die gemeinsame Verantwortung betonen.

Herr Veith fand es wichtig, bei der Programmformulierung bereits zu überlegen, wie man das Programm umsetzen kann. Es sei nicht in großen Schritten, sondern in kleinen Schritten vorzugehen, die sicher, sinnvoll und an den Bedürfnissen ausgerichtet sind. Eine Vernetzung komme nicht von alleine zustande, sondern es brauche auch hierfür eine Anleitung. Es sei wichtig zu fragen, welche Strukturen gebraucht würden und was tatsächlich machbar sei.

Auch Frau Wrede ging auf die notwendigen Ressourcen ein. Es sei aber auch ein Systemumbau notwendig, welcher durch die Netzwerke unterstützt werden sollte.

Die vorliegenden Protokolle wurden von Studierenden des Bachelor- und des Masterstudiengangs Soziale Arbeit sowie von MitarbeiterInnen des Instituts für Soziale Arbeit und Sozialpolitik (isasp) der Hochschule Darmstadt erstellt. Die Protokolle wurden im Anschluss an die jeweilige Konferenz mit den ModeratorInnen der Arbeitsgruppen abgestimmt. Die vorliegenden Protokolle wurden noch einmal redaktionell bearbeitet.